

## **Protokoll:**

Die Verwaltung teilt mit, dass der Gülser Ortsbeirat am 10.07.2023 einstimmig den Standort „Gulisastraße“ empfohlen hat. Nach Mitteilung des Ortsvorstehers Herrn Ackermann hätten sich alle privaten Eigentümer ihm gegenüber bereit erklärt, ihre Grundstücke zu einem angemessenen Preis an die Stadt zu verkaufen.

Auf Nachfrage teilt die Verwaltung mit, dass der Elternausschuss und der Elternbeirat im Gespräch vom 13.06.2023 die Gründe für den Standort „Neuer Friedhof“ als einleuchtend und nachvollziehbar bewertet haben. Zu diesem Zeitpunkt gingen aber alle Beteiligten davon aus, dass dieser Standort alternativlos sei, weil am Standort Gulisastraße nicht alle erforderlichen Grundstücke zum Verkauf stünden.

Der Jugendhilfeausschuss erkundigt sich danach, wieso am Standort Gulisastraße das Kita-Gebäude nicht auf dem Bauernhofgelände errichtet werden kann. Die Verwaltung erläutert, dass aufgrund der vorgeschriebenen Grenzbebauung in der kompletten Südfront keine Fenster eingebaut werden dürfen. Hierdurch wären große Teile des Gebäudes nicht sinnvoll nutzbar. Zudem würde der Gebäudekubus fast das komplette Gelände ausfüllen, so dass keine ausreichende Fläche für den Zufahrtsbereich, Stellplätze, Pflegzufahrt etc. verbliebe.

Der Ausschuss fragt nach, wieso die ganze Fläche gekauft werden muss und ob nicht die Möglichkeit besteht nur eine Teilfläche zu kaufen.

Die Verwaltung informiert darüber, dass zwingend die komplette Fläche gekauft werden muss, um ein ausreichend großes Außengelände zu erhalten.

Auf Nachfrage teilt die Verwaltung mit, dass das Tiefbauamt bei der Umsetzung des Neubaus am Standort „Neuer Friedhof“ eine Zunahme des Autoverkehrs in diesem Bereich erwartet. Die Situation im Ortskern sei aber wesentlich beengter. Der Hol- und Bringdienst durch die Eltern in der Gulisastraße sei beengter und nicht gleichwertig darstellbar wie neben der Schule.

Aus der Mitte des Ausschusses wird der Hinweis gegeben, dass die Realisierung der Variante Gulisastraße zur Folge hätte, dass die Kita-Kinder jahrelang Baulärm zu ertragen hätten. Dies sei unzumutbar. Es wird zudem empfohlen, bei der Diskussion die Kinderperspektive stärker in den Vordergrund zu rücken.

Auf Nachfrage erläutert die Verwaltung, dass niemand einschätzen kann, wie lange das sanierungsbedürftige Gebäude noch „durchhält“. Es sei in jedem Fall Eile geboten, um eine Auslagerung der Kita in Container zu vermeiden.

Eine Fraktion meldet Beratungsbedarf an. Die Vorsitzende bedauert die sich hieraus ergebende Zeitverzögerung im Hinblick auf die Dringlichkeit der Lage. Sie erläutert, dass Sie die Angelegenheit

nur mit einem Beschluss des Jugendhilfeausschusses an den Haupt- und Finanzausschuss sowie den Stadtrat weiterleiten wird.

Die Verwaltung wird klären, ob tatsächlich alle Eigentümer zum Verkauf ihrer Grundstücke zu den vom Gutachterausschuss festgelegten Preisen bereit sind. Zudem werden die Vorsitzende und der Oberbürgermeister ein Gespräch mit den Kita-Elternvertretern und dem Ortsbeirat führen.